

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 10 Pfa. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telefon 72203

Inseratenpreis: Die 10gepalt. Kolonelle 30 G.-Pfa., bei Platzvorkauf 35 G.-Pfa., Familiennachrichten von Privaten die 10gepalt. Kolonelle 15 G.-Pfa., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonelle 35 G.-Pfa., bei Platzvorkauf 40 G.-Pfa., Reklamezeile 1.75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Marokko-Kredite bewilligt.

Painlevés „Friedensrede“.

Die Sozialisten enthalten sich der Stimme.

Paris, 10. Juli.
Die Kammer hat in einer Nacht Sitzung die Kredite für Marokko mit 411:29 Stimmen bewilligt. Nach der Rede des Abgeordneten Renaudel ergriff Ministerpräsident Painlevé das Wort. Er führte u. a. aus: Der Angriff Abd el Krim hat sich auf ein Gebiet vollzogen, das Frankreich regelrecht zugesprochen worden ist. Marshall Lyautey hat 1914 die Sicherheit Marokkos hergestellt. Er hat dieselbe Methode wieder anzuwenden wollen, aber die Bedingungen haben sich inzwischen geändert. Man hat es jetzt mit einem Massenangriff der Araber und einer sehr gut ausgerüsteten und sehr beweglichen Infanterie zu tun. Der Feind hat gegen Osten einen Angriff unternommen, dem Einhalt geboten worden ist. Taza ist weder ausgegeben noch genommen worden. Ich bin überzeugt, daß diese Stadt nicht fallen wird, und wenn sie fällt, wird sie wieder genommen werden. Man darf die Nerven nicht verlieren.

In zweiter Stelle behandelte Painlevé die Frage des Oberkommandos. General Kaulin, dessen Ernennung kritisiert worden sei, sei ein junger, aber erfahrener Führer, der sich Verdienste im Orangegebiet erworben und ein Armeekorps an der Front befehligt habe.

Schließlich sprach Ministerpräsident Painlevé von der Zukunft der marokkanischen Angelegenheiten. Er sagte hierüber: Wir haben mit Spanien in voller Herlichkeit verhandelt. Frankreich will einen gerechten und dauerhaften Frieden ohne irgendeine Abhängigkeit auf Beherrschung und Eroberung. Wir wollen in Marokko nur Ruhe und Ordnung schaffen und werden die Traditionen der Bevölkerung achten. Diese Absichten sind klar. Jedermann kennt sie. Wir haben sie durch Broschüren in arabischer Sprache aus Flugzeugen abwerfen lassen, um sie der Bevölkerung des Nigebiets zur Kenntnis zu bringen. Was die Friedensbedingungen betrifft, so können wir sie nicht veröffentlichen, da wir dadurch etwaige spätere Verhandlungen schädigen würden. Sobald der Frieden unterzeichnet ist, werden die Abkommen, die man getroffen hat, bekanntgegeben werden. Wenn Abd el Krim die französischen Friedensbedingungen zurückweist, wird seine Ablehnung jedenfalls mitgeteilt werden. Dann wird die Welt die wahren Absichten des Nigebiets erfahren. Sobald Spanien und Frankreich das Abkommen über die Friedensbedingungen getroffen haben, kann Abd el Krim sie kennenlernen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Compère-Morel fragt: Werden die diese Abkommen Abd el Krim mitteilen? Painlevé antwortet hierauf, es sei nicht schwierig für Abd el Krim, die Bedingungen kennenzulernen, aber man werde seinen offiziellen Abgeordneten zu ihm schicken, um um Frieden zu bitten. Mehr wolle er nicht sagen. Denn wenn er zu viel sage, werde er die Aussichten des Krieges verringern. Compère-Morel erwidert: Hier liegt ein Mißverständnis vor. Wir fordern nicht, daß man um den Frieden bittet, aber wir wollen wissen, ob man Abd el Krim diese Friedensbedingungen mitteilen wird. Ministerpräsident Painlevé antwortet: Wenn das Abkommen bekanntgegeben wird, wird Abd el Krim es auch kennen, ohne daß man einen Schritt zu unternehmen oder Frankreich sich den Anschein zu geben braucht, als bittete es um Frieden. Wenn Abd el Krim die gerechten Friedensbedingungen, die zwischen Frankreich und Spanien vereinbart werden, zurückweist, dann wird am Tage nachher durch Handlungen dargetan werden, welche Entschlüsse die beiden Länder getroffen hätten. Auf eine Anfrage des sozialistischen Abgeordneten P. Reissmann, ob die Regierung das Parlament während der Ferien auf dem Laufenden halten werde, erklärte Painlevé, die Regierung werde mit dem Parlament durch Ausschüsse in Fühlung bleiben. Hierauf wird Schluß der Debatte beantragt.

Vor der Abstimmung ergriff Abg. Blum das Wort. Blum erklärt: Im Namen der sozialistischen Fraktion habe ich meine Haltung bei der Abstimmung zu erklären. Wir können und wollen nicht gegen die Kredite stimmen. Das könnte zu der Annahme führen, daß wir uns in Opposition gegen die Regierung befinden. Wir haben zwar die Unterstützungspolitik beendet, und wir machen Vorbehalte hinsichtlich der Marokkopolitik, denn es ist für uns eine Enttäuschung, daß Marshall Lyautey an der Spitze der Zivilverwaltung bleibt. Wir verneinen nicht die große Rolle, die der Marshall gespielt hat, aber wir glauben, daß diese Rolle ausgespielt ist. Für den Frieden sind uns die Formeln gleichgültig, wenn nur der Friedenswille bekanntgegeben wird. Wir treten ein für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Nigebiets. Schließlich spricht der Abgeordnete Blum über die Ursachen des Marokkokrieges, den er auf die am Vordrängfluß im Jahre 1924 eingerichtete Postenfeste zurückführt. Hierauf erklärte der Abgeordnete Blum, daß die Sozialisten aber auch nicht für die Kredite stimmen, sondern sich der Abstimmung enthalten würden. Sie könnten nicht dafür stimmen, weil es sich um eine alte und geheiligte Tradition für die Sozialisten handle. Die Sozialisten lehnen alles ab, was irgendwie als imperialistisch bezeichnet werden könne. Die Sozialisten wünschten keine militärische Beilegung, und sie wünschten ferner nicht, daß irgendwie Beeinflussungen mit Gewalt vorgenommen würden. Blum schloß: Wir enthalten uns heute der Abstimmung, wie wir uns der Abstimmung bei den Aufhebungen enthalten haben.

Hierauf wird nach kurzer Debatte, wie bereits berichtet, abgestimmt.

Es mag dahingestellt bleiben, ob es nicht tatsächlich vorteilhafter gewesen wäre, wenn sich die sozialistische Fraktion offen und deutlich

gegen die Regierung, die sie ja in der Marokkofrage, wie jedenfalls aus der Erklärung des Genossen Blum hervorgeht, bekämpft, entschieden hätten. Es bestand allerdings die Gefahr, daß ein Teil der Fraktion, der an die Einheit des Linkslagers mehr gebunden zu sein scheint als an die Einheit und die Grundzüge der Partei, abgeplittet wäre. So ist das Vorgehen der Fraktion verständlich, zumal ja die Erklärungen, die von den sozialistischen Rednern abgegeben worden sind, entschiedener und deutlicher klangen als alle bisherigen Reden. Die Regierungserklärungen, die von dem Ministerpräsidenten abgegeben wurden, waren ja auch in der Tat danach angefaßt, das Mißtrauen der Sozialisten in erhöhtem Maße wachzurufen. Offenbar war allerdings die Tatsache, daß die französische Regierung sich nach der letzten Niederlage vor die Notwendigkeit gestellt sieht, zu irgendwelchen Verhandlungen mit Abd el Krim zu gelangen. Und die vielen Redensarten, die darauf hinauszielen, daß Frankreich sich durch ein öffentliches Friedensangebot selbst schädigen würde, betätigten ja nur die Befürchtung, daß Abd el Krim sich heute auf Verhandlungen nicht mehr würde einlassen wollen. Eben deshalb ist es notwendig, daß auf französischer Seite offen und eindeutig der Friedenswille bekundet wird und auch die Bedingungen festgelegt werden, unter denen die französische Regierung zu Verhandlungen bereit ist.

Eine Auseinandersetzung um diese Fragen braucht die sozialistische Partei heute am allerwenigsten zu fürchten. Es liegt uns ein Bericht des Genossen Sévèrac, des zweiten Sekretärs im französischen Parteivorstand vor, wonach die Partei, von der sechsen gemeldet wurde, daß sie 99 600 Mitglieder zähle, nunmehr das hundertste Tausend überschritten hat und 100 300 Mitglieder mußte. Wenn man bedenkt, daß Ende 1920 die Partei nur 49 000 und Ende 1923 immer noch knapp 50 500 Mitglieder hatte, so sind die Fortschritte, die im Laufe der letzten anderthalb Jahre gemacht worden sind, gar nicht zu verkennen. Die sozialistische Partei ist heute entschieden die stärkste von allen politischen Parteien Frankreichs, und sie verfügt über eine Organisation, die keine andere Partei aufzuweisen hat. Auch der Kampfeswille der Parteigenossen läßt nach den Berichten, die uns die Genossen von der französischen Parteileitung zukommen lassen, nichts zu wünschen übrig. Zugleich bahnen sich aber Auseinandersetzungen an, die die Partei notwendigerweise in eine schärfere Kampfstellung bringen werden, auch wenn in der politischen Haltung gegenüber der Regierung nicht allzu scharf vorgegangen werden sollte. Schon wird gemeldet, daß die französischen Kohlenbergbauern beträchtliche Lohnherabsetzungen im Bergbau angekündigt haben und daß der letzte Kongreß der französischen Bergarbeiter große und entscheidende Wirtschaftskämpfe hat in Aussicht nehmen müssen. Wird bis zum 27. Juli der Vorstoß der Unternehmer nicht zurückgezogen, so soll die Streikparole ausgegeben werden. Das würde zweifellos die Mobilisierung des gesamten Proletariats des Kohlenbergbaues bedeuten. Darum müssen, schreibt uns Genosse Paul Faure, die französischen Sozialisten jede Krisis im Inneren der Partei vermeiden, um mit vollster Autorität auf politischem Gebiete den Willen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen zu können.

Meuterei in der französischen Marine?

SWD. Moskau, 10. Juli.
In den Morgenblättern werden Berichte aus Paris abgedruckt, die großes Aufsehen erregen. Danach sollen französische Kriegsschiffe aus Toulon abgegangen sein, um die Marokko-Küste zu bombardieren. Die Matrosen der Schiffe „Strasbourg“ und „Courbet“ hätten sich aber geweigert zu feuern, und sollen die Offiziere gezwungen haben, die Schiffe nach dem Heimathafen zurückzuführen.

Das Arbeitsprogramm des Reichstags.

LU. Berlin, 10. Juli.
In der heutigen Sitzung des Vorkommensrats des Reichstages ist folgendes Arbeitsprogramm des Reichstages beschlossen worden: Von der heutigen Tagesordnung wird die Weiterberatung des Gesetzes über das Recht zum Tragen der Militäruniform abgelehnt. Die Generaldebatte über die Aufwertungsfrage soll heute zu Ende geführt werden. Die Einzelberatung soll dann in zweiter und dritter Lesung bis zum Dienstag beendet werden, so daß sich am Mittwoch der Reichsrat damit beschäftigen kann. Auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung des Reichstages wird das Gesetz über die Rentenversicherungsanstalt gesetzt werden. Daran reiht sich am Donnerstag das Kriegsschadengesetz, die Angestelltenversicherung, das Personalabgabengesetz und das Gesetz über das Tragen der Militäruniform. Vom 20. ab sollen die Steuer Gesetze beraten werden. Die Festlegung der Aussprache über die Zollvorlage hängt noch von dem Abschluß der Ausschussberatungen ab. Außerdem fand im Vorkommensrat eine Aussprache über die Vorgänge am Schluß der gestrigen Plenarsitzung statt, die jedoch ohne Ergebnis verlief.

Zukunftshoffnungen Dr. Hergts.

Beginn der Aufwertungsdebatten.

Die Regierung Dr. Luthers-Schleier-Stresemann sei die Zukunftshoffnung der Deutschnationalen. So verkündete Herr Dr. Hergt, der Aufwertungsredner der Deutschnationalen, mit großem Pathos weitläufig von der Tribüne des Deutschen Reichstages. Noch kaum fünf Monate sind vergangen, seit dieser Dr. Martin von Anno 1924 erklärte, daß die Regierung unter „hydraulischen Druck“ genommen würde. Das Ergebnis dieses hydraulischen Druckes, der von den Deutschnationalen im Aufwertungsausschuß ausgelöst werden sollte, liegt nunmehr vor. Zwar braucht sich die Regierung nicht zu beklagen, daß der Druck unerträglich gewesen wäre. Dafür aber muß jetzt Herr Dr. Hergt mit seinen hundertprozentigen Versprechen an das Rednerpult des Reichstages treten, um zu erklären, daß auch das Aufwertungsgebot „nur Menschenwert“, also höchst Unvollkommenes, bedeute.

Auf der Tribüne des Hauses saßen Duzende der Instanzungsbediensteten. Die Vertreter jener Hunderttausende, denen durch die Inflation alles genommen wurde, die durch die maßlose Gewinnier der Industriemagnaten und der Großagrarien an den Bettelstab gekommen sind. Gestern hatten sie Gelegenheit, die Versprechungen der Deutschnationalen während der letzten Reichstagswahlen mit den Ergebnissen zu vergleichen, die vier deutschnationale Minister zustande brachten. Mit ihrer Macht war nichts getan.

Der Beginn der Sitzung brachte noch ein kleines Intermezzo, das Herr v. Gräfe intonierte. Genosse Kuhn hatte am Donnerstagabend den Banditen im bunten Rock erschreckenderweise die Wahrheit gesagt. Er hatte die Angehörigen der Consulorganisation, die Mörder Liebschnecht, Erzbergers und Rathenhaus mit dem richtigen Namen bezeichnet. Das hat Herrn Gräfe während der ganzen Nacht nicht schlafen lassen. Darum sollte heute vor Beginn der Aufwertungsdebatten die Antwort erfolgen. Zu seinem größten Bedauern wurde er selbst von den Deutschnationalen im Stiche gelassen, so daß sich für den Antrag der Deutschnationalen lediglich die 15 Mann minus Ludendorff, der wie mehr im Hause erscheint, und einige andere erhoben. Nun erst konnte die Dupertüre für die große Aufwertungsaussprache, der nicht weniger als 5 volle Verhandlungstage vorbehalten sind, beginnen.

Genosse Keil hielt den Deutschnationalen ihre Sünden im Hohlspiegel vor. Er hat während der letzten Monate nicht weniger als 7000 Zuschriften erhalten, die beinahe ausnahmslos aus den einstigen Wählerkreisen der Deutschnationalen stammten. Aus diesem umfangreichen Material brachte er nur wenig zu verwerfen, um die ganze Erbärmlichkeit der deutschnationalen Demagogie zu enthüllen. Der sozialdemokratische Fraktionsredner war in der Lage, Originalschreiben vorzulegen, die der Parteivorstand der Deutschnationalen im Oktober 1924, also vor ihrem Aufwertungs-Tage, in Hülle und Fülle versandte. Vielleicht sah der eine oder andere Empfänger solcher deutschnationaler Sendbriefchen auf der Tribüne, um nun beurteilen zu können, was es in Wirklichkeit mit deutschnationalen Versprechungen auf sich hat. Während so Genosse Keil den Deutschnationalen einen Peitschenhieb nach dem andern ins Gesicht versetzte, sah Dr. Hergt hochrot und immer zappelnd auf seinem Platze. Neben ihm sah Dr. Steiniger, der Sendbote vieler Aufwertungsverhandlungen im Lager der Deutschnationalen. Er hatte gemeinsam mit Dr. Best und einigen wenigen anderen den Besten Aufwertungsantrag als Geschenkwurf eingereicht. Dr. Steiniger war Vorsitzender des Aufwertungsausschusses, bis die Deutschnationalen mit Pauken und Trompetenschall den Rückzug angetreten hatten. Dann demissionierte er, resigniert über das Schicksal alles Vergänglichlichen. Man merkte ihm an, wie ihm der sozialdemokratische Redner aus dem Herzen sprach. „Über was ist's? Zu den Konsequenzen, die Dr. Best gezogen hat, vermochte Steiniger sich nicht zu bekennen. Jetzt muß er dem Sozialdemokraten die Vertretung der Gläubigerinteressen überlassen. Ein niedliches Paradoxon, das sich da die Weltgeschichte gestattet.

Frank und frei, um keinen unparlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen, verkündete Dr. Hergt von der Tribüne des deutschen Reichstages, daß es ohne die Deutschnationalen noch keine Aufwertung gegeben hätte. Dabei suchte er nach seiner Art holzerne mit den Händen durch die Luft. Jeder polnische Semit vom Leipziger Brühl würde seine Freude an diesem „Arier“ haben. Zwischen durch wurde Dr. Wirth gehörig apostrophiert. „Wer Ohren hat zu hören...“ so befahl der Doktor der juristischen Fakultät aus den Reihen der Deutschnationalen den Zentrumsmann über die Bibel, die diesem doch obendrein geläufig sein sollte. „Wer Hände hat, der rede“, so schloß es unmittelbar von den Bänken der Sozialdemokratie zurück. Eine Stunde lang redete denn auch Hergt mit „die Hände“. Die Aufwertungsgruppen auf den Tribünen dürften von diesem Redeschwall nicht eben satt geworden sein.

Herr Dr. Stresemann gehört zu den „Zukunftshoffnungen“ Dr. Hergts. Gestern berieten wir, wie Graf Westarp im Schwerte seines Angehichts bemüht gewesen war, dem